

Über Waffengeschäfte schreibt man nicht

Clearstream hat vergangene Woche erneut demontiert, etwas mit der Affäre der Taiwan-Fregatten zu tun zu haben. Dabei geht es um den Verkauf französischer Kriegsschiffe an Taiwan Anfang der 90er Jahre, bei dem illegale Kommissionen bezahlt wurden. Der französischen Justiz wurden Dokumente zugespielt, die bei der Suche nach dem Verbleib dieser Kommissionen helfen sollen. Sie enthalten unter anderem Clearstream-Kontonummern.

Clearstream, die luxemburgische Justiz und die Finanzplatz-freundliche Presse versichern seit Monaten, an der Affäre sei nichts dran. Einer dagegen scheint sich dessen nicht so sicher zu sein: Serge Dassault, Chef des bekannten Militärflugzeugherstellers und Besitzer der Tageszeitung Le Figaro. Nach Informationen von Le Monde sei ein Figaro-Interview mit Andrew Wang, einem der Hauptprotagonisten der Fregatten-Affäre, nicht zustande gekommen, weil sich die Redaktionsleitung quer gestellt habe. Der Verdacht liegt nahe, dass Serge Dassault seine Position als Zeitungsbesitzer ausnutzt, um seine Interessen als Waffenhersteller zu wahren. Dies umso mehr als er gegenüber einer Delegation von Figaro-JournalistInnen sagte, manchmal sei es besser, bestimmte Informationen nicht zu veröffentlichen.

Hauptproblem Arbeitslosigkeit

Die LuxemburgerInnen machen sich Sorgen um den Arbeitsmarkt: Dies ergab eine Umfrage des Meinungsforschungsinstituts IRES. In der Arbeitslosigkeit sehen etwa drei Viertel der Befragten ein großes oder sehr großes Problem. Das zweitgrößte Problem ist demnach die Inflation mit 61 Prozent. Die Umwelt rangiert dagegen mit 55 im Mittelfeld der genannten Themen. Immerhin 46 Prozent der Interviewten nannten die Verletzung von Menschenrechten, ebenso viele die administrative Korruption. Nach der Meinung zu bestimmten Ländern befragt, gaben 54 beziehungsweise 51 Prozent an, dass sie eine positive Meinung über die beiden Nachbarländer Frankreich und Deutschland haben. Am beliebtesten sind bei den LuxemburgerInnen die KanadierInnen. Die schlechteste Meinung haben sie hingegen von den USA, die 43 Prozent negativ und 28 Prozent positiv sehen. An vorletzter Stelle der Beliebtheitskala liegt Russland.

Nationale Sozialisten in Trier

Nicht nur im Osten Deutschlands, auch in Trier versuchen Neonazis, an die Protestbewegung gegen den Sozialabbau anzuknüpfen. So war die rechtsextreme NPD in den vergangenen Tagen wiederholt mit Infotischen zum Thema "Hartz IV und Arbeitsmarktreform" in der Trierer Innenstadt präsent. Für Samstag, den 11. September, hat eine "Initiative gegen Sozialabbau und Einwanderung ins soziale Netz" eine "Mahnwache" an der Porta Nigra angekündigt. Hinter dem Zusammenschluss verbergen sich verschiedene Kader der NPD sowie die "Kameradschaft Moselland". Vor allem Gruppen aus dem militanten nationalrevolutionären Spektrum geben sich seit ein paar Jahren vermehrt die Struktur einer Kameradschaft, um so einem Organisationsverbot zu entgehen. AntifaschistInnen aus Luxemburg und Deutschland haben ihren Protest gegen den Aufmarsch, der um 13 Uhr beginnen soll, angekündigt. Bereits am vergangenen Dienstag haben zwei NPD-Funktionäre erfahren, dass ihr Treiben auch in Trier nicht ohne Widerstand bleibt. Kurz nachdem sie ihren Infostand im Stadtteil Pfalzel aufgebaut hatten, wurden sie von einer Gruppe Vermummter attackiert. Vier der AntifaschistInnen wurden vorübergehend festgenommen.

Versucht die Interessen jener zu vertreten, die aus dem Blick der Öffentlichkeit entrissen sind: "info-prison"-Aktivist Jeannot Schmitz



(Foto: RK)

KNAST**Stärke in der Geschlossenheit**

Am Donnerstag vergangener Woche weigerten sich etwa siebzig Gefangene des Centre pénitentiaire in Schrässig im Anschluss an den Hofgang zurück in ihre Zellen zu gehen. Was war der Grund für den Sitzstreik?

Von Leuten, die an dem Streik beteiligt waren, habe ich erfahren, dass es zum einen um die Qualität des Essens ging, die nicht mehr so sei wie vorher. Ein anderer Grund war das Verhalten verschiedener Mitglieder des Personals gegenüber den Gefangenen. Sie kritisieren auch, dass sich die Zellendurchsuchungen und Leibesvisitationen häufen und nicht immer begründet werden. Sie werden häufiger auf Drogenkonsum untersucht und müssen Urinproben abgeben. Für den Fall, dass jemand "positiv" ist, also Drogenkonsum festgestellt wird, hat die Gefängnisleitung die Strafen erhöht. Vormalig hat man die Betroffenen vierzehn Tage isoliert, nun sind es 28 Tage.

Die Streikenden, bei denen es sich um Untersuchungsgefangene handelt, wollten zudem einen besseren Kontakt untereinander erreichen. Sie fordern eine Verlängerung der Öffnungszeiten ihrer Zellen. Ob das die einzigen Gründe sind, kann ich aber nicht sagen.

War der Streik erfolgreich?
Zunächst einmal hat er das Gegenteil bewirkt. Vorher konnten die Untersuchungsgefangenen zusammen in den Hof gehen. Jetzt können sie nur noch in Gruppen von ungefähr 20 Personen zum gemeinsamen Hofgang.

Wie kam die Aktion zustande?

Es gibt keine internen Strukturen mehr, es gibt keine Gefangenendelegation. Momentan ist es so, dass die Gefangenen untereinander für konkrete Anliegen mobilisieren.

Dann hat es sich also nicht um einen spontanen Akt gehandelt?

Nein. In den vergangenen Monaten gab es mehrere vergleichbare Aktionen.

Welche Rolle spielt die Überbelegung der Zellen?

Verschiedene Untersuchungsgefangene sind zu dritt oder gar zu viert in Doppelzellen untergebracht. Das kommt regelmäßig vor, ist jedoch nicht das Hauptproblem. Das eigentliche Pro-

blem ist, dass das Gefängnis ausgebaut wurde, anstatt dass ein zweites gebaut wurde.

Das "Luxemburger Wort" schrieb vor zwei Jahren über Schrässig, die Einrichtung entspreche dem Prinzip des modernen Strafvollzugs. Zwar werde den Häftlingen die Freiheit entzogen, doch werde ihnen ein Leben in "humanen Bedingungen" geboten.

Das klingt gut. Ich gehe jedoch davon aus, dass ein Gefängnis den Insassen über den Freiheitsentzug hinaus nicht schaden darf. Da gibt es noch einiges zu tun, auch wenn die Situation sich in den vergangenen fünf Jahren verbessert hat. Die Betreuung und die Angebote für die Zeit nach dem Gefängnisauenthalt müssen ausgebaut werden. Ein humaner Strafvollzug ist gegeben, wenn die Leute, die eingesperrt sind, die Zeit für sich nutzen können, um besser gerüstet aus dem Gefängnis zu kommen.

Ist der Begriff des humanen Strafvollzugs nicht vielmehr ein Widerspruch in sich?

Das hängt von vielem ab. Auf jeden Fall sollte eine Betreuung durch qualifiziertes Personal gegeben sein. Verschiedene Therapiemöglichkeiten und medizinische Versorgung sollten garantiert sein, ebenso sollte eine Weiterbildung ermöglicht werden. Viele Gefängnisinsassen kommen ja auch aus sozial schwächeren Schichten.

Wie ist die psychische Verfassung der Gefangenen? Gibt es beispielsweise viele Selbstmordversuche?

Das gehört in den Bereich der Spekulation, weil es keine offiziellen Statistiken darüber gibt. Aber es gibt natürlich immer

wieder Selbstmordversuche und das ist auch ein Problem der Betreuung.

Wird versucht, das Thema unter den Tisch zu kehren?

Ja, es wird versucht, eine öffentliche Diskussion darüber zu verhindern. Wenn man solche Zahlen veröffentlicht, dann regt man damit ja womöglich auch eine Diskussion über die Zustände in den Gefängnissen an. Und das soll vermieden werden. Justizminister Frieden hat vor einigen Jahren die Behörden angewiesen, keine detaillierten Zahlen mehr in ihren Bericht aufzunehmen.

Premierminister Juncker hat jeden Kommentar zu dem Streik abgelehnt und Gefängnisdirektor Vincent Theis zeigte sich im "Wort" erbost über die Berichterstattung, die zu "weiteren Streikaktionen" führen könne. Wovor fürchten sich Politik und Verwaltung?

Man hat Angst, dass eine Eigendynamik aus diesen Aktionen entstehen könnte. Deswegen wurde auch entsprechend reagiert, um diese zu verhindern, damit die Leute sich schwerer organisieren können.

Glauben Sie, dass es dennoch ein Potenzial für weitere Proteste gibt und inwiefern könnten diese zum Erfolg führen?

Ein Potenzial ist immer vorhanden. Ich glaube jedoch, dass die jüngste Aktion auch als Rückschlag wahrgenommen wurde, weil man kurzfristig nichts erreicht hat. Das wird sich in der nächsten Zeit noch zeigen. Die Direktion hat mit den Leuten geredet und beide Seiten haben ihren Standpunkt vorgetragen.

Zur Person

Jeannot Schmitz arbeitet halbtags für den Staat, die restliche Zeit ist er als Hausmann und als Verwaltungsratsmitglied der Kooperative "co-labor" tätig. Während seiner Zeit als Aktivist bei verschiedenen Piratensendern wurde er von einem Insassen der Strafvollzugsanstalt Schrässig angeschrieben. Daraus resultierte die Idee, eine von Häftlingen gestaltete Sendung zu machen. 1989 gründete Schmitz schließlich die Gefangenen-Hilfsorganisation "info prison". Sie vertritt die Interessen der Insassen und deren Familien in der Öffentlichkeit und will zu einer objektiveren Berichterstattung beitragen. Darüber hinaus gibt "info prison" Betroffenen Unterstützung zur Selbsthilfe. Nach wie vor informiert die Organisation jeden Freitag auf Radio Ara über die Situation im Gefängnis.

Hat sich die Situation der Unterbringung in den vergangenen Jahren zugespitzt?

Sie hat sich vielleicht in dem Sinne zugespitzt, dass das Problem der Überbelegung wieder akuter wird, nachdem sich die Situation aufgrund des Ausbaus von Schrässig vorübergehend entspannt hat. Zudem hat sich die Gefängnispopulation in Richtung einer größeren Mehrsprachigkeit verändert. Das führt wiederholt zu Missverständnissen. Die Möglichkeiten von Migranten sind drastisch beschnitten, da es für sie schwieriger ist, ihre Probleme mitzuteilen. Aufgrund der Frustration kann das dann viel eher in Aggressionen umschlagen.

Gefängnisdirektor Theis macht die zunehmende Zahl der Gefangenen am Bevölkerungswachstum fest. Was halten Sie von dieser These?

Die zunehmende Zahl der Insassen hat vor allem mit den Gerichten zu tun, die die Menschen ins Gefängnis schicken. Hier muss man ebenfalls ansetzen, wenn man etwas gegen die Überbelegung tun will. Man sollte zu der Einsicht kommen, dass Gefängnisstrafen für den Betroffenen - und damit auch für die Gesellschaft - nicht unbedingt förderlich sind. Die Alternativen zu Gefängnisstrafen müssen ausgebaut werden.

Sie haben ja bereits erwähnt, dass Drogendelikte im Gefängnis strenger als bisher bestraft werden. Wie könnte der Drogenproblematik anders als mit repressiven Mitteln begegnet werden?

Es gibt ja auch im Gefängnis zwei Seiten. Es gibt die Möglichkeit, eine Therapie zu machen, es gibt ein Methadonprogramm, es gibt das "projet tox", wo die Gefangenen sich zusammentun und betreut werden. Auf der anderen Seite gibt es die Sanktionen. Das Problem ist, dass man im Gefängnis selbst mit Strafen recht wenig erreicht. Während der Isolationshaft, können sie keine Drogen konsumieren. Wenn sie dann rauskommen, sind sie wahrscheinlich noch schlechter drauf und konsumieren trotzdem weiter. Dadurch wird die Sache nur noch schlimmer. Die Frage ist, warum die Leute überhaupt ins Gefängnis kommen. Und das ist eigentlich keine Sache der Gefängnisleitung, sondern eher eine des Gesundheits- und des Justizministeriums.

Was erwarten Sie sich von der neuen Regierung?

Von Justizminister Frieden erwarte ich in diesem Bereich gar nichts. Aber von der Gefängnisverwaltung erwarte ich, dass sich etwas zum Positiven verändert. Ich denke schon, dass die Direktion kompetent ist, aber sie hat das Problem, dass sie der Öffentlichkeit nicht alles sagen kann.

Wie lautet ihr Resümee der zurückliegenden Ereignisse?

Ich hoffe, dass die Gefangenen sich wieder organisieren und eine Gefangenendelegation gründen. Die Einsicht, dass sie nicht so viel erreicht haben, könnte ein Ansporn sein, nicht nur punktuell Aktionen durchzuführen, sondern wieder die Stärke in der Geschlossenheit zu suchen.

Interview:
Thorsten Fuchshuber